Der linke kolumbianische Präsident Gustavo Petro hat sich mit Sprechern des Wikileaks-Projekts im Präsidentenpalast Casa de Nariño getroffen. Das Treffen mit dem Chefredakteur der Enthüllungsplattform, Kristinn Hrafnsson, und dem Wikileaks-Botschafter, Joseph Farrell, dauerte etwa eine Stunde. Laut Hrafnsson hat sich der Staatschef bereit erklärt, für den Gründer von Wikileaks, Julian Assange, bei der Regierung von Joe Biden einzutreten. Von **Hans Weber**.

Schon vor seiner Wahl zum Präsidenten hatte Petro Kritik an der Inhaftierung von Assange geäußert. Nun erklärt er diese Woche:

> „Ich habe mich mit den Sprechern von Wikileaks getroffen, um den weltweiten Kampf für die Freiheit des Journalisten Julian Assange zu unterstützen. Zusammen mit anderen lateinamerikanischen Präsidenten werde ich Präsident Biden auffordern, einen Journalisten nicht anzuklagen, nur weil er die Wahrheit gesagt hat.“

> Me reuní con los voceros de Wikikeaks, para apoyar la lucha mundial por la libertad del periodista Julian Assange.
>
> Le soliciaré al presidente Biden con otros presidentes latinoamericanos que no se pongan cargos a un periodista solo por decir la verdad
> pic.twitter.com/kWyoXrHhyV
>
> — Gustavo Petro (@petrogustavo) November 22, 2022

Die Bedeutung der freien Meinungsäußerung und des Rechts auf Information soll auch Thema des Treffens mit dem kolumbianischen Staatschef gewesen sein. „Wikileaks will sich zusammen mit Assange Defense als Medienplattform mit lateinamerikanischen Behörden und Teilen der organisierten Gesellschaft treffen“, teilte die Organisation mit. Sie habe vor, „über die Risiken für die Demokratie und die Pressefreiheit im Fall einer Auslieferung von Assange an die USA zu sprechen“.

Die USA haben die Auslieferung von Assange wegen Spionage bereits beantragt. Der 50-jährige Australier sitzt seit 2019 im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsch in London. Er hatte 2010 Kriegsverbrechen der USA und ihrer Verbündeten in dem angeblich im „Kampf

gegen den Terrorismus“ geführten Kriegen in Afghanistan und Irak enthüllt.

Nach Ansicht verschiedener Menschenrechtsorganisationen ist der Fall von Julian Assange eine der schlimmsten politischen Verfolgungen eines Journalisten des 21. Jahrhunderts.

Dieser Artikel erschien zuerst auf Amerika21.

Titelbild: @petrogustavo

Mehr zum Thema:

Kolumbiens erste Linksregierung: Sich wie Erwachsene verhalten

Stimmen aus Lateinamerika: Die neue Welt aus Sicht der USA